

DEBATTE EUROMINDESTKURS

Der helvetische Merkantilismus

Die Schweiz hat im Handel mit Waren letztes Jahr einen Exportüberschuss von dreissig Milliarden Franken erzielt. Ein neuer Rekord. Doch der staatlich geförderte Überschuss bringt immer mehr negative Folgen für die Schweiz mit sich.

VON YVES WEGELIN

Seit Jahren exportiert die Schweiz mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland, als sie importiert. Letztes Jahr erreichte der Überschuss allein des Warenhandels dreissig Milliarden Franken, wie die Zollverwaltung diese Woche bekannt gab, ein neuer Rekord. Das ist ein Problem. Denn um diesen Überschuss aufzukaufen, müssen sich andere Volkswirtschaften gegenüber der Schweiz immer weiter verschulden. Das ist simple Buchhaltung. Solche Schulden waren eine der Hauptursachen für die Finanzkrise 2008.

Die WOZ hat die SP, die Grünen und die Gewerkschaften kürzlich dafür kritisiert, dass sie trotz Leistungsbilanzüberschuss, der 2013 insgesamt 68 Milliarden Franken betrug, die Auflösung des Euromindestkurses von 1.20 Franken durch die Nationalbank (SNB) angeprangert hatten, der seit 2011 die Exportindustrie gestützt hatte. Die SNB hat damit Arbeitslosigkeit ins Ausland exportiert (siehe WOZ Nr. 4/15). Gewerkschafts-ökonom Daniel Lampart argumentierte im WOZ-Interview, Grund für den Überschuss sei nicht der Franken, sondern die Tiefsteuerepolitik, mit der Grosskonzerne angelockt würden. Die Grösse des Finanzplatzes, der Transithandel der Rohstoffhändler sowie die Gewinnverschiebungen der Konzerne zur Steueroptimierung würden den Überschuss in die Höhe treiben.

Es ist richtig: Die Tiefsteuerepolitik und das Bankgeheimnis, die die Schweiz zum Pa-

radies für Rohstofffirmen, Finanzinstitute und andere Grosskonzerne gemacht haben, sind eine wichtige Ursache für die Überschüsse. Doch zum einen lässt sich damit nicht der ganze Überschuss erklären: Selbst wenn man den Überschuss der Dienstleistungen, der zu einem Grossteil auf die Finanzindustrie zurückgeht, sowie den Transithandel abzieht, beträgt der Überschuss immer noch die diese Woche bekannt gewordenen dreissig Milliarden Franken. Und auch die Gewinnverschiebungen – für die es keine verlässlichen Schätzungen gibt – werden kaum Wesentliches an diesem Überschuss ändern.

Das Problem der Frankenaufwertung ist hausgemacht, wie die Deutsche Bank belegt.

Zum ändern ist das Ganze eine Frage der Sichtweise: Man kann argumentieren, dass die Schweiz bei einem Mindestkurs von 1.20 Franken und dem bestehenden Lohnniveau zu tiefe Steuern habe, die zu Überschüssen führen. Dass die Linke diese Position vertritt, ist berechtigt: Die Tiefsteuerepolitik fördert die unliebsamen Finanz- und Rohstofffirmen, während die Aufwertung des Frankens die traditionsreiche Industrie und den Tourismus trifft. Man kann jedoch ebenso argumentieren, dass der bisherige Mindestkurs von 1.20 Franken bei den bestehenden tiefen Steuern und beim bestehenden Lohnniveau schlicht nicht vertretbar sei.

Unbestritten ist auf jeden Fall, dass die Schweiz Überschüsse in der Grössenordnung von 68 Milliarden Franken schreibt. Und diese

Überschüsse sind trotz des «Wir brauchen weniger Staat und mehr Markt»-Geredes das Resultat eines helvetischen Merkantilismus: So wie der Absolutismus im 17. Jahrhundert basiert auch das Wirtschaftsmodell Schweiz auf der aggressiven Förderung seiner Exportwirtschaft.

Zunehmender Druck von aussen

Die Abhängigkeit der Schweiz von ihren Exportüberschüssen ist jedoch nicht nur für andere Länder ein Problem. In Zeiten der Wirtschaftskrise, in der Europa derzeit steckt, werden sie auch zum Problem für die Schweiz. Erstens: In Europa schwinden die Absatzmärkte.

Zweitens: In den europäischen Hauptstädten sinkt allmählich das Verständnis für das Schweizer Modell. Dies umso mehr, als mit dem Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative» die Schweiz entschieden hat, dass die Arbeitsplätze, die sie durch die Förderung ihres Standorts dem Ausland wegnimmt, in erster Linie der hiesigen Bevölkerung vorbehalten werden sollen. In Steuerfragen steht die Schweiz seit Jahren zunehmend unter Druck. Und es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Kritik am SNB-Mindestkurs, die etwa das einflussreiche Peterson Institute in den USA formuliert hat, von der Politik übernommen worden wäre.

Drittens: Die Exportüberschüsse – die teilweise auf das Konto der Finanz- und Rohstofffirmen gehen – sind schuld an der Frankenaufwertung, unter der nun einseitig Industrie und Tourismus leiden. Das zeigt eine neue

Studie der Deutschen Bank: Seit 2012 werden die Erträge aus den Schweizer Überschüssen statt im Ausland, wo Anlagemöglichkeiten rar werden, zunehmend in der Schweiz angelegt, was den Franken zum Klettern bringt. Kurz: Schuld an der Frankenaufwertung sind nicht InvestorInnen aus dem (bösen) Ausland, die in den «sicheren Hafen» flüchten, wie etwa der «Tages-Anzeiger» am Mittwoch behauptet hat. Das Problem ist hausgemacht.

Welche Schweiz wollen wir?

Die Aufwertung des Frankens nach der Auflösung des Mindestkurses durch die SNB zeigt, wie krisenanfällig das Schweizer Exportmodell ist: In der Industrie und im Tourismus geht nun die berechnete Angst vor Arbeitslosigkeit um. Dies allerdings in einer Zeit, in der die aggressive Standortförderung so viele Stellen in der Schweiz schafft, dass jedes Jahr mehrere Zehntausend Arbeitskräfte aus Europa importiert werden, um diese zu besetzen – und das ganze Land seit Monaten über Fachkräftemangel klagt. Eine vollkommen schizophrene Debatte.

Nun klammert sich die Schweiz an ihrem merkantilistischen Modell fest: Die Unternehmenssteuerreform III soll den attraktiven Steuerstandort sichern, die Frankenaufwertung soll durch Lohnsenkungen wettgemacht werden. Die Schweiz sollte besser eine Debatte darüber eröffnen, wie sie sich mittelfristig von ihrer Abhängigkeit von Exportüberschüssen lösen will und dabei dennoch genug Arbeitsplätze für die Bevölkerung sicherstellen kann.

«29 GELBE GESCHICHTEN»

Das Wort haben die PöstlerInnen

Die Briefträgerin Katrin Bärtschi hat 29 ArbeitskollegInnen porträtiert. Entstanden ist ein Buch, das Einblicke in einen Berufsalltag gewährt, der sich seit der Teilprivatisierung der Post stark verändert hat.

VON ADRIAN RIKLIN

Eine Briefträgerin, die in ihrer Freizeit BriefträgerInnen porträtiert: Allein das ist aussergewöhnlich. Zumal es auch das Misstrauen von Vorgesetzten und der Medienstelle der Post zu überwinden galt. Während zweier Jahre hat die 54-jährige Briefträgerin Katrin Bärtschi, genannt «Katlé», ArbeitskollegInnen getroffen und aus den Gesprächen ein Buch mit Porträts zusammengestellt – gewidmet denen, «die Briefe schreiben. Und denen, die sie annehmen, sortieren und vertragen». Ihre ArbeitskollegInnen nennt Katle – wie sich selbst – beim Rufnamen.

Es hat sich gelohnt: Die «29 gelben Geschichten» vermitteln auch Nichteingeweihten eine Vorstellung davon, wie sehr sich der Beruf verändert hat, seit die PTT im Jahr 1998 zerschlagen und in Swisscom und Post aufgespalten wurde. Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, ruft im Vorwort die neunziger Jahre in Erinnerung, als es noch «drei Dreibuchstaben-Wörter» gab, die für etwas standen, «was die Schweiz im Guten ausmacht»: die AHV, die SBB – und die PTT.

Vom Briefträger zum Logistiker

«Wer steckt in den grau-gelben Uniformen, die liberalisiert nun Arbeitsfelder heissen? Wen verbergen die gelben Helme bei voller Fahrt? Ich wollte es gerne herausfinden», schreibt Katle in der Einführung. Bärtschi lässt ihre Kol-

legInnen in Ich-Form sprechen. Zum Beispiel Mänu (47), der erzählt, wie er als «Briefträger» die Lehre abschloss, später «Zustellbeamter» hiess und heute laut offizieller Sprachregelung den Beruf eines «Logistikers» ausübt. Und sich angesichts des zunehmenden Zeitdrucks fragt: «Was ist wichtiger: gesunde Mitarbeitende oder diese zehn Minuten?»

Mit der Automatisierung der Briefsortierung hat das physische Verhältnis zum Brief an Bedeutung verloren: «Viele für mein Empfinden erlebnisreiche Handgriffe», so der 35-jährige Simu, «sind verloren gegangen. Früher habe ich mich bereits beim Stecken mit meiner Tour und den dort wohnenden Menschen auseinandergesetzt. Jetzt lautet die Devise: Den Brief einmal berühren und tack – einwerfen!» Noch prägnanter formuliert es der fünfzigjährige Ruedi: «Was wir heute machen, ist nur noch Massenabfertigung.» Auch auf die teaminternen Beziehungen hat sich der zunehmende Zeitdruck ausgewirkt: «Früher», erinnert sich der 44-jährige Res, «wenn wir wenig Post zu verteilen hatten, klopfen wir manchmal einen Jass, bevor wir auf die Tour gingen. Wir waren ein wenig wie eine Familie.»

Der Briefträgerberuf hat über all die Jahre viel von seiner ursprünglichen Vielfältigkeit verloren. Gelitten hat dabei vor allem auch seine gesellschaftliche Funktion. Die Zeiten, als BriefträgerInnen jahrzehntelang für das glei-



«Werde ich in zehn Jahren meine Tour noch schaffen? Daran studiere ich oft herum»: Mariandl (41), eine von 29 BriefträgerInnen, die Katrin Bärtschi porträtiert hat. FOTO: KATRIN BÄRTSCHI

che Quartier zuständig und für viele Bewohnerinnen vertraute Bezugspersonen waren, sind vorbei. «Früher, wenn wir die AHV brachten», so Mänu, «gab es eine Tasse Kaffee. Heute haben wir kaum Zeit für ein Schwätzchen. Der Scanner überwacht unserer Arbeit, es ist keine Minute geschenkt.» Auch wie sehr der Beruf – der bis in die neunziger Jahre noch Beamtenstatus hatte – an Ansehen verloren hat, kommt zum Ausdruck: «Ich würde mich in einer Feierabendbierrunde in der Pöstleruniform nicht wohl fühlen», sagt der zwanzigjährige Mike.

Der Himmel über Ostermundigen

Und doch gibt es noch immer PöstlerInnen, die ihren Beruf als gesellschaftliche Arbeit verstehen. Zum Beispiel Simu, der davon erzählt, wie eine der wenigen alten Frauen, die ihre AHV heutzutage noch per Hauszustellung erhalten, ihm einen Fünfliber gab – «von dem Wenigen, das sie hat, hat sie noch mir gegeben.» Im Buch kommen aber auch Menschen zu Wort, die dem Stellenabbau zum Opfer gefallen sind: Die 47-jährige Eveline zum Beispiel trägt heute – neben weiteren Teilzeitjobs – bei einer Tochtergesellschaft der Post Zeitungen aus. Ein Ende des Stellenabbaus ist nicht absehbar: Laut Postchefin Susanne Ruoff sollen Tausende der Stellen, die in den nächsten Jahren durch Pensionierungen frei werden, nicht mehr besetzt werden.

Trotz all dem ist aus einigen Stimmen noch immer Berufsstolz zu hören. So etwa erzählt die neunzehnjährige Lehrtochter Sandra, wie sehr sie es als Kind faszinierte, wenn ihre Mutter, eine Briefträgerin, jeweils die Briefe durchsah – sodass sie selbst Briefträgerin werden wollte. Auch, dass sich der technische Fortschritt nicht zwingend negativ auf den Arbeitsalltag auswirken muss, kommt zur Sprache – etwa wenn der achtzehnjährige Lehrling Flo vom DXP-Elektrofahrfahrzeug schwärmt: «Ein sehr nützliches Fahrzeug und reizvoll, weil er voll elektrisch betrieben wird und nicht laut und lärmig ist, wie die Benziner es waren. Wir fahren auf drei Rädern, sitzen in einem Sessel, das passt mir.»

Auch Bärtschi weiss ihren Beruf immer noch zu schätzen: «Der Himmel über Ostermundigen wie Rosen, Orangen und Aprikosen. Das Laub der Ahornbäume in der Allee leuchtet in hellem Gelb. Über Bern dann senkrecht vor unserem Grau ein Stück strahlender Regenbogen. – Ein solcher Morgen ist einer der guten Gründe, immer noch Briefträgerin zu sein», schreibt sie. Und hofft, dass die Porträts «der gut geölten, gewinnorientierten Gelben Maschine etwas entgegenhalten» können.

Katrin Bärtschi: «Wir sind selbstständig. Und für etwas zuständig. 29 gelbe Geschichten». Eigenverlag, Bern 2014. 25 Franken (plus Porto). Bestellbar bei: katrin.baertschi@bluewin.ch.